

Einführungsvortrag

Jugend und Parlament

Methode

Gremien

Ablauf

Themen und Ausschüsse

Gesetzentwürfe und Antrag

Thema 1 - Pfandbecher

Thema 2 - Nordpelagonien

Thema 3 - Wahlrecht Unionsbürger/innen

Thema 4 - Sahelien-Einsatz

Das **Szenario** beschreibt die Situation.

Die **Rollen** beschreiben die handelnden Personen.

Das **Ergebnis** ist offen und wird von Ihnen als den Abgeordneten bestimmt.

Die **JuP-Geschäftsordnung** gilt in der Form, in der sie im Wegweiser abgedruckt ist.

Sie kann im Verlauf der Veranstaltung nicht geändert werden.

Die Teilnehmenden sollen

- Politik in der Praxis kennenlernen,
- verstehen, welche Einwirkungsmöglichkeiten Bundestagsabgeordnete allein oder in Kooperation miteinander haben,
- sich auch in andere Perspektiven, Ansichten und Meinungen hineinversetzen.

Gremien



Fraktion

Gruppe von Abgeordneten
einer Partei oder Parteien-
familie



Ausschuss

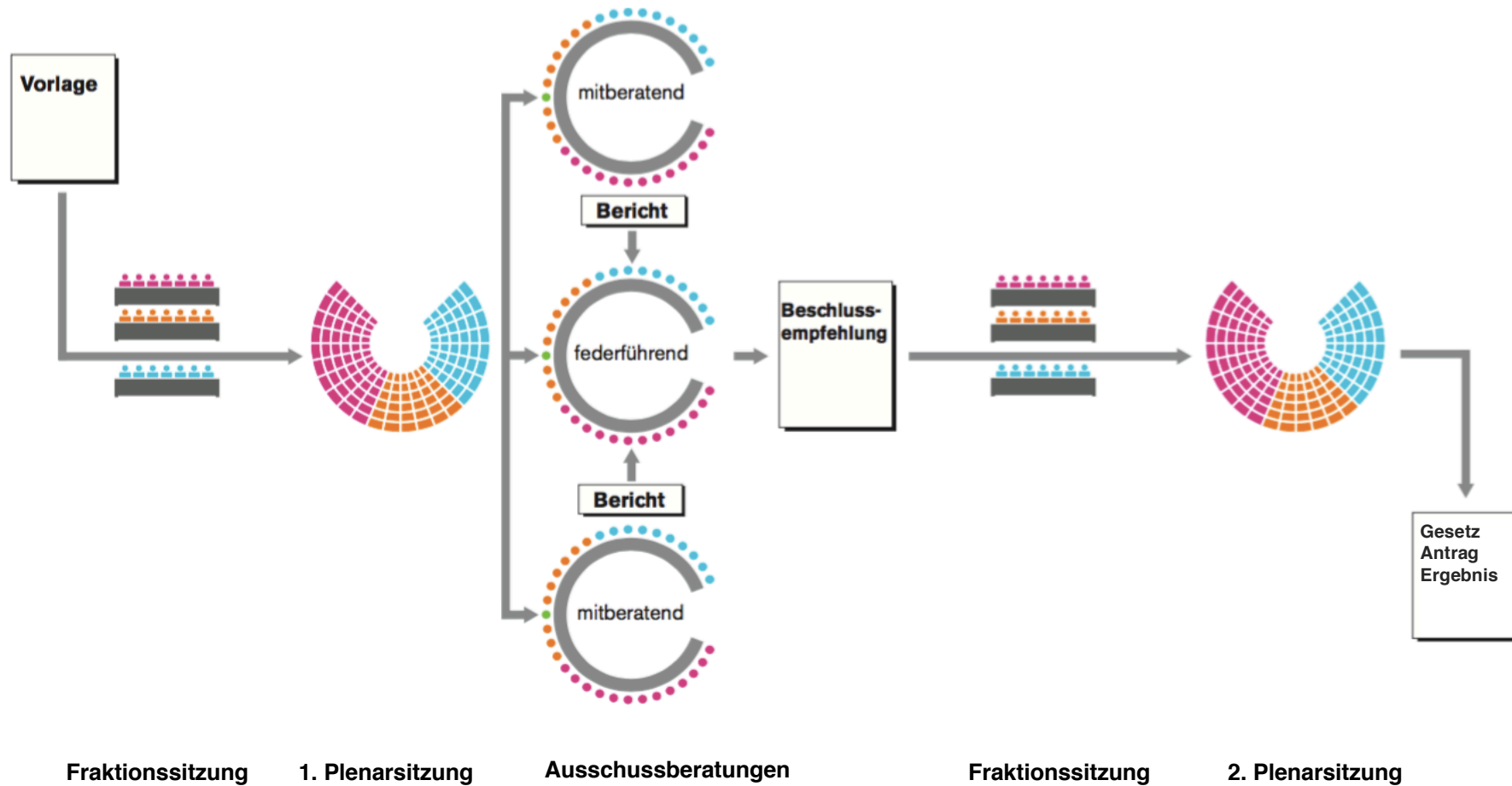
Gruppe von Abgeordneten
aus allen Fraktionen mit po-
litischem Arbeitsschwer-
punkt, Zusammensetzung
nach Fraktionsstärke



Plenum

Gesamtheit aller
Abgeordneten

Ablauf



Themen und Ausschüsse

Pfandbecher

- Umweltausschuss (f)
- Wirtschaftsausschuss
- Ausschuss für Verbraucherschutz

Nordpelagonien

- EU-Ausschuss (f)
- Arbeitsausschuss
- Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Wahlrecht Unionsbürger/innen

- Innenausschuss (f)
- Rechtsausschuss
- Integrationsausschuss

Sahelien-Einsatz

- Auswärtiger Ausschuss (f)
- Verteidigungsausschuss
- Ausschuss für humanitäre Hilfe

Gesetzentwürfe, Antragsentwurf, Antrag

Thema	Vorlage	Prozess	Ergebnis
Pfandbecher	Entwurf eines Gesetzes	1. Beratung Ausschussberatung 2. und 3. Beratung	verbindlicher Rechtstext
Wahlrecht Unionsbürger/innen			Verfassungsänderung
Nordpelagonien	Entwurf eines Antrags <i>an die</i> Bundesregierung	1. Beratung Ausschussberatung 2. Beratung	Definition einer Verhandlungsposition für die EU
Sahelien-Einsatz	Antrag <i>der</i> Bundesregierung	1. Beratung Ausschussberatung 2. Beratung	Zustimmung / Ablehnung der Einsatzausweitung; ggf. Definition politischer Rahmenbedingungen durch EntschlieÙung

Thema 1: Pfandbecher

Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung einer EU-Richtlinie: Einführung einer Pfandpflicht beim Straßenverkauf von Heißgetränken

Ziel:

Reduktion der Menge an Einwegbechern, verbesserte Zuführung zum Recycling-System

Umweltausschuss:

- Welche Folgen hat die Einführung eines Pfands auf Einwegbecher für die Umwelt?
- Sind die im Gesetz vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet, um das Abfallaufkommen zu reduzieren?

Wirtschaftsausschuss:

- Wie würden sich die in dem Gesetz vorgeschlagenen Maßnahmen auf das Konsumverhalten auswirken?
- Welche weiteren Folgen hätte ein Pfandsystem für die Geschäfte, die Heißgetränke anbieten?

Ausschuss für Verbraucherschutz:

- Welche Folgen hätte die Einführung eines Pfands auf Einwegbecher für die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Nicht Gegenstand des Verfahrens:

Detailregelungen über Entsorgungssysteme, Regelungen zu anderen Kunststoffprodukten

Thema 2: Nordpelagonien

Entwurf eines Antrags an die Bundesregierung auf Initiative von Abgeordneten der GP und PEV:

Aufforderung an die Bundesregierung: „Durch Heranführung Nordpelagoniens an die Europäische Union die Stabilität Südosteuropas stärken“

Ziel:

Leitlinien und Stärkung der Verhandlungsposition der Bundesregierung bei der Entscheidung über die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen im Europäischen Rat

EU-Ausschuss:

- Liegt eine Aufnahme weiterer Staaten aktuell im Interesse der EU?
- Ist eine Aufnahme von Verhandlungen mit Nordpelagonien nötig, um dem Staat eine glaubhafte Perspektive zu geben?
- Was muss bei den Verhandlungen unbedingt beachtet werden?

Arbeitsausschuss:

- Wie können Bedenken der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten ggf. ausgeräumt werden? Sind Vorgaben bzgl. Arbeitnehmerfreizügigkeit hier ein geeignetes Mittel?
- Wie kann das Interesse der bisherigen Mitgliedsstaaten an Fachkräften mit der Vermeidung eines *brain drain* in Einklang gebracht werden?

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit:

- Welche Verantwortung hat die EU für die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf dem Westbalkan?
- Welcher Unterstützung bedürfen die Zivilgesellschaft und die staatlichen Institutionen vor und/oder nach dem Beitritt?

Nicht Gegenstand des Verfahrens:

Entscheidung über EU-Beitritt, Verhandlungen mit Nordpelagonien

Thema 3: Wahlrecht Unionsbürger/innen

Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Grundgesetzes:

Ausweitung des Wahlrechts für Unionsbürger/innen

Ziel:

Stärkung der Demokratie, der Unionsbürgerschaft und des europäischen Zusammenhalts

Innenausschuss:

- Kann die vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes die Demokratie in Deutschland stärken?
- Sollte die Einführung des Wahlrechts für Unionsbürger/innen auf einem gegenseitigen Abkommen der EU-Mitgliedstaaten beruhen?

Rechtsausschuss:

- Ist die Änderung des Wahlrechts vereinbar mit dem Prinzip der Volkssouveränität nach Art. 20 GG?
- Ist die vorgeschlagene Änderung mit den europäischen Regelungen vereinbar? Entspricht sie der Idee der europäischen Integration?

Integrationsausschuss:

- Welchen Effekt hat die vorgeschlagene Änderung auf die individuelle Integration der Unionsbürger/innen?
- Müssen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden?

Nicht Gegenstand des Verfahrens:

Detailregelungen über die Durchführung von Wahlen, Änderungen der Landesverfassungen

Thema 4: Sahelien-Einsatz

Antrag der Bundesregierung:

Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Sahelien im Rahmen der Mission EUMISA der Europäischen Union

Ziel:

Erweiterung des bestehenden Mandats

Definition des politischen Rahmens durch eine EntschlieÙung

Auswärtiger Ausschuss:

- Wie ist das EU-Vorhaben ‚EUMISA‘ zu bewerten?
- Ist der geplante deutsche Beitrag angemessen?

EU-Ausschuss:

- Steht ‚EUMISA‘ für eine sinnvolle EU-Außenpolitik?
- Welchen Einfluss hat ‚EUMISA‘ auf Anti-Terror-Politik und Fluchtsituation?

Verteidigungs- ausschuss:

- Wie steht es um die Sicherheit der einzusetzenden Soldat/innen?
- Sind die vorgesehenen Aufgaben sinnvoll und tragbar?

Entwicklungsaus- schuss:

- Wie erreicht man nachhaltige Erfolge?
- Sollten ergänzende Maßnahmen ergriffen werden?

Nicht Gegenstand des Verfahrens:

Änderungen des Antragstextes und damit des Mandats